



## Presseinformation

Nr. 226 / 2012

Kiel, Donnerstag, 24. Mai 2012

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige, MdL**  
Parlamentarische Geschäftsführerin

Energie / Stromnetze

### Christopher Vogt: Enteignungsdrohungen der Grünen sind kein produktiver Beitrag zum Netzausbau

Zur Forderung des Vorsitzenden der Grünen-Landtagsfraktion, Dr. Robert Habeck, die Stromnetze wieder zu verstaatlichen und dabei notfalls Enteignungen vorzunehmen, sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Forderung der Grünen nach Verstaatlichung der Stromnetze zeigt deren vorgestrigtes Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft. Dabei könnte man heute doch klüger sein und wissen, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist. Der Netzausbau ist in den letzten Jahren vor allem durch die katastrophalen Rahmenbedingungen ins Stocken gekommen. Wenn sich die Planung und der Bau von Netzen durch Einsprüche und Rechtsverfahren über viele Jahre hinziehen, liegt dies nicht an den Unternehmen, sondern vielmehr am Gesetzgeber. Die Bundesregierung hat diesen Fehler erkannt und mit entsprechenden Gesetzen die richtige Grundlage dafür geschaffen, um den Ausbau der Netze zu beschleunigen. Jetzt muss die Umsetzung zwischen Bund und Ländern endlich besser abgestimmt werden.

Eine Landesnetzgesellschaft wäre an Recht und Gesetz gebunden und müsste wie die privaten Netzbetreiber versuchen, mit den Bürgern vor Ort eine schnelle gemeinsame Lösung zu finden. Wir brauchen im Energiebereich mehr Wettbewerb und mehr Transparenz – und nicht weniger. Wir brauchen kompetente Akteure, mit denen der Staat an einem Strang zieht, und keine Enteignungsdrohungen. Wenn das der neue Stil des zukünftigen Energieministers ist, dann kann man die Energiewende in Schleswig-Holstein wohl schon jetzt als gescheitert ansehen. Herr Dr. Habeck sollte sich stattdessen für größere Planungskapazitäten beim Land und eine sinnvolle Neuregelung bei den Ausgleichsflächen einsetzen. Das wäre ein produktiver Beitrag für ein Gelingen des Netzausbaus in Schleswig-Holstein, Enteignungsdrohungen sind es nun wirklich nicht.“